

CONFIDENZIALE

V E R B A L E II

della 14a seduta del Consiglio federale

del 25 aprile 1990

Il Consiglio si riunisce in assenza del suo vice-presidente Flavio Cotti che si trova a Palermo per la riunione dei ministri della cultura.

Cooperazione fra Ticino e Lombardia

La dichiarazione di intenti sulla cooperazione transfrontaliera tra il Canton Ticino e la Regione Lombardia non suscita problemi, anche se per intervento del governo italiano invece di un accordo le modalità di cooperazione si limitano ad uno scambio di lettere. Il problema generale della cooperazione transfrontaliera suscita però alcune questioni. I Cantoni assumono posizioni talvolta discorsi, ciò che suscita all'estero insicurezza. Ciò si registra soprattutto nel campo dei trasporti. Occorre che il Consiglio federale non lasci troppo spazio di manovra ai governi Cantionali. Ciò vale soprattutto per il Giura che manifesta attivismo eccessivo.

Aufsichtsbeschwerde gegen das EJPD

Das EJPD schlägt einen weiteren Schriftenwechsel vor, damit auf die frühere Zwischenverfügung zurückgekommen und ein Präjudiz vermieden werden kann. Der Rat teilt aber die Auffassung des EFD, wonach der verfassungsmässige Anspruch auf unentgeltliche Rechtspflege durch die geplante Abschaffung der Kostenvorschusspflicht weder aufgehoben noch obsolet wird. Diese Kostenpflicht besteht deshalb weiterhin, auch bei einer Aufhebung der Zwischenverfügung des EJPD. In diesem Sinne wird entschieden.

Compte laitier

Pour la première fois, le compte laitier dépasse la cap du milliard de francs. L'Union centrale des producteurs de lait a déjà lancé une campagne de rachat de contingents en investissant 6 millions de francs. A partir du premier mai, la taxe sur les livraisons excédentaires de lait sera augmentée. Il convient d'étudier une diminution des contingents.

Arbeitslosenversicherung

Ist es sinnvoll, die Verordnung über die Verlängerung der Höchstdauer der Kurzarbeitsentschädigung für einen einzigen Unternehmer zu revidieren? Dies schafft grundsätzliche Probleme. Die Frage ist gerechtfertigt, doch muss man auch bedenken, dass die Schweiz nur zwei Raffinerien hat. Eine davon könnte ihre Tätigkeit beenden. Dies wäre wirtschaftlich nicht sinnvoll und könnte die Versorgungssicherheit des Landes beeinträchtigen. Es ist deshalb gerechtfertigt, während weiterer drei Monate einen Personalabbau zu vermeiden.

Aus- und Weiterbildung im thermischen Energiesektor

Die Notwendigkeit, über genügend und gut ausgebildete Fachleute für die Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen im Energiesektor zu verfügen, ist unbestritten. Doch die Anstrengungen für die Aus- und Weiterbildung sollten primär durch das BIGA unternommen werden. Zudem sind die zusätzlichen Kosten zu kompensieren. Auch wenn das BIGA die Kontakte zu den Schulen pflegt, ist es notwendig, die fachtechnischen Kenntnisse des BEW einzubeziehen. Die vorgeschlagene Lösung bringt keine Doppelspurigkeiten. Der Rat lädt das EVD und das EVED ein, die Zusammenarbeit zwischen den zwei Aemtern optimal zu regeln. Was die Kompensation der Kosten betrifft, sind beide Departemente nicht in der Lage, diese vorzunehmen. Das BIGA müsste in andern Bildungsbereichen das Programm reduzieren, was nicht sinnvoll ist. Das BEW ist bereits durch die Verwirklichung des Luftreinhaltekonzepts sehr stark beansprucht. Es handelt sich um eine neue, wichtige Aufgabe, die zusätzliche Mittel erfordert. Auf eine Kompensation wird trotz finanzpolitischen Bedenken verzichtet. Der Rat wird aber bei der Vorbereitung des Budgets für 1991 auf grosse Probleme stossen, wenn er nicht auf eine Erhöhung der Staatsquote und damit der Einnahmen schwenken will.

Revision des Treibstoffzollgesetzes

Ein politischer Entscheid ist zu treffen: Soll sich der Bund, wie in zahlreichen Vorstössen angeregt wird, vermehrt für den Agglomerationsverkehr engagieren? Es handelt sich um die vierte Priorität im Verkehrswesen (nach Bahn 2000, NEAT und Nationalstrassen), aber die zu lösenden Probleme sind trotzdem heikel. Herr Bundesrat Ogi wird mit Herrn Bundesrat Stich die Probleme diskutieren, und der Entscheid wird verschoben.

Nouveau Règlement protocolaire

Quelle doit être la position du chancelier de la Confédération dans le nouveau Règlement protocolaire? Cette question a été étudiée par les services compétents, sans qu'il ait été possible d'arriver à un accord. Le Parlement en particulier insiste pour que les présidents des deux Conseils soient placés tout de suite après les membres du Conseil fédéral. Il est évident que le chancelier n'a pas le statut d'un conseiller fédéral. Mais il est également élu par l'Assemblée fédérale et son mandat est intimement lié à celui du gouvernement. La signature du chancelier est nécessaire pour valider les décisions du Conseil fédéral. Afin d'éviter des discussions inutiles avec le Parlement, décision est prise de placer le chancelier immédiatement après les présidents des deux Chambres, mais avant les présidents des tribunaux fédéraux. Cela ne vaut toutefois pas pour les visites d'Etat, lors desquelles le chancelier accueillera les hôtes étrangers immédiatement après les membres du Conseil fédéral.

Le Conseil s'interroge aussi sur la nécessité de prévoir un statut particulier pour les deux secrétaires d'Etat. Il s'agit de fonctionnaires, et il n'y a aucune raison de les traiter d'une façon différente des autres directeurs de même niveau administratif. D'autre part, si l'on veut qu'ils puissent vraiment décharger les conseillers fédéraux, il faut leur accorder un rang protocolaire convenable. Cette question sera réexaminée, en particulier pour décider s'il ne faut pas avancer, dans la liste, d'autres hauts fonctionnaires.

Dans la discussion, le rôle du Nonce est également évoqué. C'est par tradition qu'il est le doyen du corps diplomatique. Dans le cas de l'ouverture d'une ambassade de Suisse au Vatican, cela devrait changer.

Verhandlungen mit China

Es stellt sich die Frage, ob es opportun sei, im jetzigen Zeitpunkt mit China Verhandlungen aufzunehmen. Dies stellt gewiss einige Probleme, doch zahlreiche andere Länder haben ebenfalls solche Entschädigungsverhandlungen beschlossen. Auch die Wirtschaftsbeziehungen haben ihren normalen Weg wiedergefunden.

Geldwäscherei

Herr Bundespräsident Koller gibt Kenntnis davon, dass der Bericht der G7-Gruppe entgegen dem Bundesratsbeschluss in der Woche nach Ostern veröffentlicht worden ist, weil die andern Länder ebenfalls informiert haben. Der Bericht einer Arbeitsgruppe wurde angepasst und kann nun ebenfalls veröffentlicht werden.

Asylverfahren

Einzig das Arbeitsverbot für Asylbewerber, das Nichteintreten auf Gesuche von Bewerbern aus Ländern in denen die Menschenrechte angewendet werden, die Schaffung einer Rekurskommission sowie die Befragung durch kantonale Beamte bilden erneut Gegenstand einer Diskussion.

Il faut éviter de lier la politique d'asile et celle de la main d'oeuvre étrangère, afin de diminuer l'attrait de la Suisse pour des réfugiés économiques. La proposition du DFEP permet toute de même aux cantons de décréter des exceptions à l'interdiction totale de pratiquer une activité lucrative pour les candidats à l'asile pendant la durée de la procédure.

Grundsätzlich ist es richtig die Attraktivität der Schweiz zu schmälern, doch darf nicht übersehen werden, dass die heutige "Kann-Formel" in den neuen Bestimmungen bereits verschränkt worden ist. Das Risiko ist zu gross, dass Asylbewerber als Schwarzarbeiter beschäftigt werden. Ein striktes Arbeitsverbot erhöht auch die Kosten für den Unterhalt der Asylbewerber und wird von der Wirtschaft bekämpft. In der BRD besteht ein zweijähriges Arbeitsverbot. Trotzdem ist der Flüchtlingsstrom weiterhin sehr gross. Auch wäre es falsch, nur für "Mangelberufe" Ausnahmen vorzusehen. Als Kompromiss schlägt das EJPD einen Artikel vor, der ein dreimonatiges generelles Arbeitsverbot enthält und den Kantonen die Möglichkeit gibt, dieses um weitere drei Monate zu verlängern. Der Rat ist mit diesem Vorschlag einverstanden.

Pour ce qui concerne la disposition qui prévoit de ne pas entrer en matière sur les demandes de ressortissants de pays où il n'y a à craindre ni persécutions, ni traitements inhumains, le Conseil s'interroge sur les problèmes qui se poseront. En pratique, il sera nécessaire d'établir dans une ordonnance la liste des pays où les droits de l'homme sont respectés. Il s'agit de critères subjectifs qui susciteront fatalement des réactions des pays qui ne se retrouveront pas dans cette liste. Cette innovation sera certainement source de conflits.

- 4 -

Es liegt eindeutig ein Missverständnis vor. Es besteht keine Absicht, eine solche Liste zu erstellen, sondern der Bundesrat sollte die Kompetenz erhalten, in Ausnahmefällen global nicht auf Massenanfragen von Asylbewerbern aus einem bestimmten Land einzutreten. Dies könnte notwendig sein. Der Rat ist mit dieser Interpretation einverstanden, bittet aber das EJPD, diese Gedanken im Gesetz klarer auszudrücken.

In bezug auf die Einsetzung einer unabhängigen Beschwerdekommision muss dem Bundesrat ein gewisser Entscheidungsspielraum eingeräumt werden. Im heutigen Zeitpunkt liegen weder die politischen, rechtlichen, finanziellen noch organisatorischen Beurteilungselemente vor, die für die Einsetzung eines solchen Gremiums nötig wären. Mit einem verbindlichen Auftrag zur Einsetzung einer Rekurskommission würde sich der Bundesrat ohne Not selbst in einen Zugzwang versetzen. Dem Parlament gegenüber wird aber klar zum Ausdruck gebracht, dass eine Arbeitsgruppe unverzüglich die Vorarbeiten für ein Modell einer Rekurskommission an die Hand nehmen wird. Der Rat ist damit einverstanden.

Schliesslich entscheidet der Rat, die Kantone nicht zu reinen Vollzugsorganen zu degradieren und den Einsatz von kantonalen Beamten weiterhin zu ermöglichen. Eine andere Lösung brächte auch schwerwiegende organisatorische und personelle Probleme, unter anderem die Verdoppelung der im Asylbereich tätigen Bundesbeamten. Es wird dagegen angestrebt, eine dezentrale Organisation auf die Beine zu stellen.

Es wird bedauert, dass die Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei in der Botschaft nicht berücksichtigt wurde. Dies war nicht möglich, weil sie erst am 24. April eintraf. Wenn möglich werden aber einzelne Aussagen in der definitiven Botschaft noch berücksichtigt.

Akteneinsichtsgesuch der PUK

Die PUK hat das Gesuch gestellt, alle Akten der Fahndungsprogramme der Bundesanwaltschaft einsehen zu können. Es handelt sich dabei um eine äusserst sensible Tätigkeit, die an eine strikte Geheimhaltungsverpflichtung gegenüber ausländischen Partnerdiensten gebunden ist. Der Rat ist mit der Ablehnung des Begehrens und mit der indirekten Information der PUK durch einen Untersuchungsrichter einverstanden.

Einkauf in die EVK

Ein neues Gespräch mit dem künftigen Chef der Abteilung Militärveterinär-dienst hat einen Verzicht auf die Beteiligung des Bundes am Einkauf in die EVK ermöglicht. Die Wahl wird deshalb vorgenommen. Dieses Entgegenkommen darf aber keine präjudizielle Wirkung in bezug auf künftige solche Fälle haben. Es wird gewünscht, dass die Beamten, die solche Fragen diskutieren, besser geschult werden.

AUSSPRACHEN

Situation de la viticulture

M. Delamuraz informe sur la situation de la viticulture. Le Conseil prend acte qu'il n'y aura pas de proposition pour lancer une nouvelle campagne contre les excédents. Les producteurs, surtout valaisans et genevois, devront limiter leur production s'ils veulent écouler les excédents.

Abricots

Les conditions climatiques très exceptionnelles ont permis des records de productions qui causent de gros problèmes d'écoulement. Les requêtes afin que la Confédération intervienne se multiplient. M. Delamuraz discutera avec M. Stich pour trouver une solution, notamment pour voir s'il est possible d'engager, pour les abricots également, la Régie des alcools.

Lokalradios

Die Verlängerung der RVO wird nach kurzer Diskussion ohne Änderungen beschlossen. Dies ist auch notwendig, damit nicht alle verfügbaren Frequenzen gebraucht werden. Es ist zu hoffen, dass das neue Radio- und Fernsehgesetz bereits Mitte 1991 in Kraft treten kann. In bezug auf die Frequenzen wird bedauert, dass die Technik nicht einen besseren Radioempfang im Auto ermöglicht. Der Autofahrer ist ständig gezwungen die Frequenzen zu ändern und in den meisten Tunnels ist der Empfang nicht möglich. Herr Bundesrat Ogi wird bei den PTT erneut intervenieren.

Suisses de l'étranger

La Confédération doit-elle augmenter ses contributions à l'organisation des Suisses de l'étranger? Elle est dans une situation financière grave à la suite de la diminution de ses recettes. Le Conseil diffère toute décision, en attendant notamment les propositions du groupe de travail chargé d'étudier les moyens d'améliorer l'information de nos compatriotes à l'étranger.

UMFRANGEN

Bundesrat Stich

- berichtet über seine Kontakte in London, welche sehr gut verlaufen sind. Frau Thatcher ist bereit, die Schweiz zu unterstützen, insbesondere was die Schaffung eines 23. Sitzes beim IWF betrifft.
- Zürich und Basel sind gegen ein Börsengesetz, in der Meinung, sie könnten weiterhin lokale Börsen betreiben. Dabei ändert die bereits beschlossene Schaffung einer elektronischen Börse die Lage vollständig. Eine Arbeitsgruppe wird trotz dieser Opposition einen Entwurf für ein solches Gesetz vorbereiten.
- Eine Kommission des Nationalrates hat einer Kompensation der Stempelsteuer in bezug auf die Versicherungen zugestimmt. Ein Kompensationssatz von ca 9% könnte akzeptiert werden.

- 6 -

M. Delamuraz

- fait rapport sur son voyage à Bonn dans le cadre de la conférence sur l'économie de la CSCE;
- la ministérielle informelle du GATT au Mexique oblige à un optimisme toujours plus modéré et à une inquiétude grandissante quant à la volonté des grandes nations de mener à bien l'Uruguay Round;
- a fait distribuer une note sur l'état des préparatifs au sujet de l'EEE. La CE ralentit l'ouverture des négociations. Le Conseil aura à en discuter dans la séance du 16 mai, ou en cas de nécessité, lors d'une séance ordinaire.

M. Felber

- toutes les informations concernant les deux otages suisses sont positives. Il est légitime de s'attendre à une libération peut-être aujourd'hui même. Le CICR a déjà réservé un avion pour les rapatrier. Dans le cas d'une libération, il se rendra à Genève pour les accueillir avec Sommaruga.
- la Suisse est chargée de garantir indirectement les contacts entre les États-Unis et l'Iran, contacts qui se multiplient.
- l'assassinat de l'opposant iranien Radjavi est à condamner. Le Conseil accepte une déclaration dans ce sens. Cette affaire pourrait avoir des conséquences négatives sur la libération des otages suisses. M. Koller informe des premiers résultats de l'enquête et sur le télégramme que le frère de la victime lui a adressé.
- Propose une déclaration sur la Lituanie qui, après atténuation des termes au sujet du droit à l'autodétermination, est approuvée.

Bundesrat Ogi

- berichtet über seine politischen Gespräche in Moskau. Die Nationalitätenfrage beschäftigt die sowjetische Führung sehr stark. Sie ist bereit, die Unabhängigkeiten der Republiken zu gewähren, aber nur aufgrund einer Änderung der Verfassung. Die Lage von Gorbatschow hängt von der Lösung dieser Frage ab.
- hat an der Zivilluftfahrt-Konferenz von Paris teilgenommen. Alle möchten eine Vergrößerung des Luftraums anstreben, wenn nötig auf Kosten des Militärs. Technische und organisatorische Massnahmen sind beschlossen worden.
- Die GPK verlangt die Rechtsgrundlage der Befreiung der Bundesräte von den Telefntaxen und SRG-Gebühren. Es handelt sich um einen BRB vom 7. März 1977, der von der Finanzdelegation zur Kenntnis genommen wurde. Die Bundeskanzlei wird diese Unterlagen liefern, und der Rat beschliesst, offen zu sein.

Bundesrat Ogi

- Bei der Beratung des Radio- und TV-Gesetzes in der Kommission des Ständerates konnte die Linie des Bundesrates eingehalten werden.

Bundesrat Villiger

- informiert über die Ermordung von Herrn Alboth. Er hat den Auftrag erteilt zu überprüfen, ob dieser ex Oberst in irgendeiner Weise in spionagetätigkeit verwickelt war.
- Der britische Vizeministerpräsident Sir Geoffrey hat sich nur unter der Bedingung, dass die Schweiz ein Flugzeug zur Verfügung stellt, damit einverstanden erklärt, an der Hochschule St. Gallen zu referieren. Ein Armee-Lear-Jet soll diesen Transport kostenfrei übernehmen.
- Die KMV muss reorganisiert und straffer geführt werden. Dies wird aber wahrscheinlich den Bestrebungen einer vermehrten Dezentralisierung der Verwaltung entgegen-treten.
- Bundesrichter Pfisterer hat seine Disziplinarunter-suchung in Sachen Kohlschütter mit grossem Aufwand abgeschlossen. Die Vorwürfe lassen sich auch auf-grund von Plausibilitätsbetrachtungen nicht bestäti-gen. Die TV DRS wollte politischen Einfluss nehmen. Das Verfahren wird eingestellt, auch wenn die PUK es nur sistieren möchte.
- informiert über die Lage in bezug auf den Bau des Waffenplatzes St. Gallen - Herisau. Es handelt sich eindeutig um rechtswidrige Tätigkeiten, die auch von Parlamentariern unterstützt werden. Da es sich um Antragsdelikte handelt, überprüft das EMD die Rechtslage. Alle Beteiligten müssten namentlich er-wähnt werden, so auch die Parlamentarier. Man könnte auch zivilrechtlich vorgehen, denn bereits jetzt sind Schäden um die 200'000 Franken entstanden. Er schlägt eine Erklärung des Bundesrates vor, die angenommen wird. Die lokalen Behörden wünschen eine Unter-stützung durch den Bundesrat.

Bundespräsident Koller

Die Sicherheitspolitik und die Repräsentationspflich-ten bei der 700-Jahrfeier werden an der Klausur vom 30. April diskutiert, die Entlastung des Bundesrates dagegen erst am 16. Mai. Der Rat ist damit einver-standen. Die Papiere über die Sicherheitspolitik werden noch heute verteilt.

Bundeskanzler Buser

- Die Verwaltungskommission hat erneut die Raumprobleme diskutiert, ohne sich auf ein Programm zu einigen. Sie verlangt aber weiterhin von der Verwaltung die Abgabe zusätzlicher Räume. Soll das EJPD 4 oder 5 Büros abtreten? Der Rat ist gegen ein solches Vorgehen, und die BK wird in diesem Sinne eine Antwort verfassen.

Stellungnahme des Bundesrates zur Ermordung des iranischen
Oppositionellen Radjavi

Der Bundesrat verurteilt das Attentat auf den iranischen Oppositionellen Kazem Radjavi. Er bedauert, dass damit die politische Auseinandersetzung in einem andern Staat ihre blutige Fortsetzung in unserem Land gefunden hat. Der Bundesrat setzt in Zusammenarbeit mit den Kantonen alles daran, der Urheber dieser Tat habhaft zu werden. Sie sollen vor ein schweizerisches Gericht gestellt und abgeurteilt werden. Die entsprechenden Ermittlungen der zuständigen kantonalen Instanzen und der Bundespolizei sind im vollen Gang.

**Communiqué du Conseil fédéral concernant l'assassinat de
l'opposant iranien Radjavi**

Le Conseil fédéral condamne l'attentat, dont a été victime l'opposant iranien Kazem Radjavi. Il déplore que le conflit politique qui touche un autre Etat soit à l'origine d'un événement sanglant dans notre pays. Le gouvernement met tout en oeuvre, en collaboration avec les cantons, pour que les agresseurs soient arrêtés. Ceux-ci seront traduits devant un tribunal suisse et condamnés. Les autorités cantonales compétentes ont immédiatement ouvert une enquête, menée conjointement avec la police fédérale.

Bern, 25. April 1990

Erklärung des BundesratesLitauen

Die Entwicklungen der letzten Tage im Konflikt zwischen der sowjetischen Zentralregierung und der Regierung der sowjetischen Republik Litauen geben dem Bundesrat Anlass zu Besorgnis. Drohungen und Zwangsmassnahmen militärischer oder wirtschaftlicher Art sind dazu angetan, den Konflikt zu verschärfen. Verhandlungen und gegebenenfalls eine Uebereinkunft sind der einzige Weg, um den Ansprüchen beider Seiten gerecht zu werden; dazu zählt der Bundesrat das Recht des litauischen Volkes auf Selbstbestimmung.

Déclaration du Conseil fédéralLituanie

Le Conseil fédéral exprime sa préoccupation au vu des derniers développements dans le différend opposant le gouvernement central d'URSS à celui de la République Soviétique de Lituanie. Le recours à des menaces et à des mesures de pressions économiques ou militaires conduit à une aggravation du différend. Le seul moyen de résoudre le problème est la négociation, et, le cas échéant, un arrangement entre les deux parties; parmi les revendications exprimées par la partie lituanienne, le Conseil fédéral reconnaît son droit à l'autodétermination.

Berne, le 25 avril 1990

Mündliche Information

Der Vorsteher des EMD, Bundesrat Kaspar Villiger, hat den Bundesrat über die Lage und die Auseinandersetzung um den Bau des Waffenplatzes St. Gallen-Herisau informiert. Der Bundesrat bedauert, dass in rechtswidriger Weise die Realisierung eines Projektes behindert wird, das von den dafür allein zuständigen eidgenössischen Räten mit eindeutigen Mehrheiten bewilligt worden ist. Er ist besorgt über die immer wieder feststellbare Tendenz von Minderheiten, demokratisch angenommene Vorhaben mit gesetzeswidrigen Mitteln in Frage zu stellen. Er appelliert an die Beteiligten, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren.

Mit Befriedigung stellt der Bundesrat fest, dass die kantonalen und lokalen Behörden trotz vermehrten Interventionen von Personen ausserhalb der Region von der Notwendigkeit des Baus dieses Waffenplatzes weiterhin überzeugt sind, und dankt für die klare Bereitschaft, das Vorhaben zu realisieren.

Information orale

Le conseiller fédéral Villiger, chef du DMF a informé le gouvernement de la situation et de la contestation au sujet de la construction de la place d'armes de St-Gall-Herisau. Le Conseil fédéral déplore que des manifestants empêchent de manière illégale la réalisation d'un projet qui a été approuvé à une nette majorité par les Chambres fédérales, seules compétentes à cet égard. Il s'inquiète de la tendance qui s'est manifestée à plusieurs reprises chez certaines minorités de remettre en question de manière contraire au droit des projets qui ont été adoptés démocratiquement. Il appelle les participants au calme et à la réflexion.

Le gouvernement constate avec satisfaction que les autorités cantonales et locales restent convaincues de la nécessité de la construction de cette place d'armes malgré l'intervention accrue de personnes étrangères à la région et les remercie pour la position ferme qu'elles ont adoptée en faveur de la réalisation du projet.